

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Krieger und der Fraktion  
DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 11/2293 —**

**Bildungsauftrag von Museen und Kunstvereinen in der Bundesrepublik  
Deutschland**

*Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft – Kab/Parl/II B 2 – 0103 – 3 – 25/88 – hat mit Schreiben vom 20. Mai 1988 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wie folgt beantwortet:*

*Kürzlich wurde der Abschlußbericht des vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vergebenen Forschungsvorhabens „Der Bildungsauftrag von Museen und Kunstvereinen“, durchgeführt von der Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung Heidelberg, vorgelegt (Nuissl/Paatsch/Schulze, Bildung im Museum, Heidelberg 1987, im folgenden zitiert mit BiM).*

1. Sind der Bundesregierung die Ergebnisse dieses Forschungsprojektes bekannt? Wenn ja, welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus?

Der Bundesregierung sind die Ergebnisse des vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vergebenen Forschungsvorhabens „Der Bildungsauftrag von Museen und Kunstvereinen“ (BiM) bekannt. Insbesondere hat die Bundesregierung das generelle Ergebnis der Untersuchung zur Kenntnis genommen: „Museumspädagogik ist heute in vielen Fällen Realität geworden. Es existieren interessante Ansätze und vielfältige Erfahrungen. Große Defizite aber sind festzustellen beim Ausbau der Museumspädagogik, bei der Integration von Museumspädagogik in die Museen und in deren Konzeption, bei der Aus- und Fortbildung der Museumspädagogen, bei der Entwicklung einer Museumsdidaktik, bei der Kooperation mit anderen Institutionen des Kultur- und Bildungsbereichs sowie bei der Besucherforschung“ (BiM S. 272).

Die Bundesregierung ist deshalb grundsätzlich bereit, Modellversuche, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu fördern, die zum Abbau dieser Defizite geeignet sind.

Es ist u. a. vorgesehen, im Rahmen der Besucherforschung die tatsächlichen Bildungsinteressen von Museumsbesuchern untersuchen und im Rahmen der Weiterbildung museumspädagogische Schulungsmaterialien für nicht museumspädagogisch qualifiziertes Personal erarbeiten zu lassen. Weiterhin sind auch Vorhaben zur Weiterbildung von Museumspädagogen beabsichtigt.

Die Bundesregierung ist grundsätzlich der Auffassung, daß dem Bildungsauftrag der Museen und damit vor allem der Museumspädagogik – unbeschadet der andauernden Diskussion über ihre Aufgaben im Detail – ein großer Stellenwert neben den Aufgaben Sammeln, Bewahren und Forschen zukommt.

Angesichts der Erklärungen einzelner Länder, ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Museumspädagogik zu verstärken, ist die Bundesregierung im übrigen zuversichtlich über den weiteren Ausbau der Museumspädagogik an den Museen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich nach der Aufgabenverteilung des Grundgesetzes überwiegend nicht in der Trägerschaft des Bundes befinden. Bei ca. 61 Millionen Museumsbesuchen pro Jahr werden die gegenwärtig rd. 150 hauptamtlichen Museumspädagogen an den rd. 2300 Museen in der Bundesrepublik Deutschland kaum in der Lage sein, den Bildungsauftrag der Museen angemessen zu realisieren.

2. Stimmt die Bundesregierung der Feststellung der Autoren zu, daß die Museen in der Bundesrepublik Deutschland „im großen und ganzen nach wie vor Stätten des Sammelns, Forschens und Bewahrens, weniger der Bildung“ (BiM S. 267 f.) und insgesamt zuwenig an den Bedürfnissen ihrer Besucher/innen orientiert seien?

Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung?

Die Bundesregierung hat als Ergebnis der Untersuchung auch zur Kenntnis genommen, daß Museen in der Bundesrepublik Deutschland „im großen und ganzen nach wie vor Stätten des Sammelns, Forschens, Bewahrens“ und „weniger der Bildung“ sind. Dies ist um so überraschender, als die ursprüngliche Museumsidee durchaus das Museum als Bildungsinstitution und damit Ort kulturellen Lernens verstand. Zur Stärkung des Bildungsauftrages der Museen sind aber empirische Kenntnisse über Motivationsstruktur und Wahrnehmungsweisen von Besuchern sinnvoll und hilfreich. Die Bundesregierung ist daher bereit, wie in Antwort zu Frage 1 bereits dargelegt, entsprechende Untersuchungen in Auftrag zu geben.

3. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Museum neben seiner konservatorischen und Forschungsaufgabe auch wesentlich eine Bildungsaufgabe wahrzunehmen hat?

Worin besteht nach Meinung der Bundesregierung diese Bildungsaufgabe konkret?

Die Bundesregierung teilt – wie dargelegt – die Auffassung, daß Museen wie auch Kunstvereine eine Bildungsaufgabe wahrzu-

nehmen haben. Auch wenn heute dank der im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft vorgelegten Untersuchung konkreter über den Bildungsauftrag der Museen diskutiert werden kann als noch vor zehn Jahren, so ist der Bundesregierung doch aber auch bekannt, daß die museumspädagogische Fachdiskussion über konkrete Bildungsziele des Museums nicht abgeschlossen ist und daß es auch noch keine ausgewiesene Museumsdidaktik gibt.

Gemeinsamer Nenner jeglicher museumspädagogischer Arbeit ist die in unterschiedlichen Formen mögliche Auseinandersetzung mit den Museumsobjekten. Die damit verbundene sinnliche und auch kreative Erfahrung fördert ein anschauliches Denken, das eine notwendige Ergänzung der weitgehend kognitiven Bildungsprozesse darstellt.

4. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß, um die Realisierung dieses Bildungsauftrages des Museums zu gewährleisten, Maßnahmen ergriffen werden müssen, die das Museum für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv machen, also ein „Museum für alle“ (BiM S. 268) geschaffen werden muß?  
Wenn ja, was bedeutet das speziell für Museen der experimentellen und avantgardistischen Kunst, die bekanntlich dem breiten Publikumsgeschmack nicht unbedingt entsprechen?  
Wenn nein, wie vereinbart die Bundesregierung diese Auffassung mit den Ergebnissen der Studie?

Kulturelle Bildung ist nur durch die aktive Teilhabe möglichst vieler Menschen an Kunst und Kultur und durch den Abbau bestehender Barrieren zu erreichen. Zur Erreichung dieser zentralen kulturpolitischen Ziele einer demokratischen Gesellschaft kommt der Bildungspolitik eine zentrale Rolle zu. Aus diesem Grunde hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sein kulturelles Engagement im Bildungswesen seit Anfang der 80er Jahre erheblich verstärkt. Er nimmt damit die Verantwortung des Bundes für eine Bildungspolitik wahr, die sich zunehmend wieder der erweiterten Persönlichkeitsbildung verpflichtet fühlt und sich dabei des untrennbaren Zusammenhangs von Bildung und Kultur bewußt ist, wie dies in früheren Jahren schon von der Bundesregierung dargelegt worden ist.

Die Bundesregierung sieht in der Museumspädagogik Möglichkeiten, das Museum für alle Bevölkerungsgruppen attraktiver zu machen. Museumspädagogik ist ein Sonderfall kulturellen Lernens in außerschulischen Bildungseinrichtungen, der das kulturelle Lernen am „Hauptlernort Schule“ ergänzt. Unbeschadet ihrer bildungspolitischen Bemühungen um kulturelles Lernen breiter Bevölkerungskreise als Voraussetzung des Besuchs beispielsweise auch von Museen moderner Kunst ist die Bundesregierung im übrigen der Auffassung, daß nur eine behutsame Heranführung an Werke zeitgenössischer Kunst die Grundlage für die schwierige Auseinandersetzung mit den neuen Sichtweisen und Arbeitstechniken lebender Künstlerinnen und Künstler bilden kann.

5. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die Museen und Kunstvereine in der Bundesrepublik Deutschland trotz stetig steigender Besucherzahlen nach wie vor fast ausschließlich von den traditionellen Bildungsschichten genutzt werden (vgl. BiM S. 64 ff.)?
  - a) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß auf eine Veränderung dieses Zustandes hingewirkt werden muß?
  - b) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um diesen Zustand zu ändern?

Ergänzend zur Antwort zu Frage 4 stellt die Bundesregierung entsprechend der Untersuchung fest, daß – unbeschadet der generellen Regel: je höher der Bildungsabschluß, desto eher besucht jemand ein Museum – der Besuch unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen nach Museumstypen differiert.

Im übrigen ist die Bundesregierung der Auffassung, daß auf eine Änderung dieses Zustands hingearbeitet werden muß. Das vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft vergebene Forschungsvorhaben bildet insofern einen ersten Schritt; darüber hinaus sind weitere Unternehmungen und mit den Ländern gemeinsam geförderte Modellversuche geeignet, Änderungen in der Besucherstruktur von Museen herbeizuführen.

6. Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, die Museumspädagogik aus ihrer „Exotenrolle“ (BiM S. 209) zu lösen, sie stärker in die allgemeine Museumstätigkeit zu integrieren und innerhalb der Museumshierarchie aufzuwerten?
  - a) Teilt die Bundesregierung insbesondere die Auffassung der Autoren, daß mehr Stellen für Museumspädagogen/innen geschaffen, der Status museumspädagogischer Arbeit verbessert, Aus- und Fortbildungsangebote für Museumspädagogen/innen ausgeweitet sowie museumspädagogische Weiterbildungsmöglichkeiten für Fachwissenschaftler/innen angeboten werden müssen?
  - b) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in dieser Hinsicht ergriffen?

Die Bundesregierung teilt die in der Frage geschilderte Auffassung der Autoren der von ihr in Auftrag gegebenen Studie. Ergänzend zur Antwort zu Frage 1 wird sich die Bundesregierung bemühen, in den Museen, für die sie Verantwortung trägt, Konzepte moderner Museumspädagogik zu entwickeln und zu erproben sowie die dafür notwendigen Stellen zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesregierung verweist in diesem Zusammenhang beispielsweise auf den Stellenwert, der der Museumspädagogik in dem Gutachten zum „Deutschen Historischen Museum“ eingeräumt wird. Dies gilt auch für das Gutachten zum „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“.

7. Wie bewertet die Bundesregierung neuere Formen der Vermittlungsarbeit im Museum, wie z. B. den Einsatz technischer Medien, begleitende kulturelle Veranstaltungen und Aktivitäten außerhalb des Museums?

Ist die Bundesregierung bereit, die Entwicklung neuer museums-pädagogischer Ansätze zu fördern bzw. inwieweit tut sie dies bereits?

Die Bundesregierung begrüßt die Nutzung auch neuer Formen musealer Vermittlungsarbeit. Sie nimmt dabei als Ergebnis der Untersuchung zur Kenntnis, daß sowohl zu der Frage, welchen Stellenwert Vermittlungsarbeit am Museum haben soll, wie auch zum Einsatz der verschiedenen medialen Möglichkeiten unter den museumspädagogischen Fachleuten unterschiedliche Auffassungen bestehen. Letztlich ist das Museum selbst ein Vermittlungsinstitut und jede Tätigkeit im Museum Vermittlung. Die breite Vielfalt unterschiedlicher Museen bedeutet im übrigen wohl, daß jedes Museum entsprechend seinem ganz eigenen „Profil“ auch seine eigene Museumspädagogik entwickeln muß.

8. Sieht die Bundesregierung in der Tatsache, daß
- a) Frauen unter den Museumsbesuchern/innen mit einem Anteil von ca. 40 % (BiM S. 63) deutlich unterrepräsentiert sind und
  - b) die laut Forschungsbericht in Fachkreisen häufig als minderwertig eingeschätzte Museumspädagogik ein eher von Frauen ausgeübter Beruf ist,
- eine geschlechtsspezifische Diskriminierung?
- Wie könnte dieser Diskriminierung von Frauen entgegengewirkt werden?
- Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen gegen diese Diskriminierung von Frauen zu ergreifen?

Die Bundesregierung sieht eine geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen weder in dem vorliegenden Untersuchungsergebnis, nach dem Frauen im Vergleich zu Männern offenbar weniger ins Museum gehen, noch in dem Umstand, daß Frauen eher als Museumspädagogen tätig sind als Männer.

Die Bundesregierung schließt allerdings nicht aus, daß Frauen immer wieder in Berufe drängen, die für Männer aus verschiedenen Gründen vermeintlich nicht attraktiv genug sind. Über die Ursachen hierfür könnten erst gezielte Untersuchungen Aufschluß geben.

Dies gilt im übrigen auch für die Unterrepräsentanz von Frauen bei den Museumsbesuchern.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren größere Anstrengungen unternommen, um detailliertere Kenntnisse über die Situation von Frauen im Kultur- und Medienbetrieb zu erhalten. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat erst kürzlich ein größeres Forschungsvorhaben zur „Situation von bildenden Künstlerinnen in Ausbildung und Beruf“ vergeben.

Die Bundesregierung beabsichtigt entsprechend ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur Kulturförderungspolitik, diese Anstrengungen im Rahmen weiterer systematischer Untersuchungen fortzusetzen.





